

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Zeitsche“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Heermansdorf, Seltendorf, Neu-Balsbrunn, Weiskau, Weiskauersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Millimeterzeile ab deren Raum 100 Spalten, 500mal und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 50 Spalten. — Restliche Beilagen: Die Millimeterzeile 3spaltig ober deren Raum im Text 50 Spalten.

Donnerstag, 5. Februar 1925.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5maligen Erscheinen monatlich 2,20 Mark wöchentlich 50 Pfg. Einzelhefte 10 Pfg. — Postamt 10 Pfg. Redaktion und Expedition: Breslau, Teplitzer Straße 60. — Druckerei: Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau, Ring 6837.

Massenentlassung von Notstandsarbeitern

Die Antwort des Scharfmacher-Magistrats auf den Hungerprotest.

Breslau, 5. Februar.

Die Drohungen des schwarz-rot-goldenen Scharfmachers Brescher in der letzten Stadtverordnetenversammlung sind schnell in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Gestern erschienen auf unserer Redaktion Notstandsarbeiter der Betriebsstelle Große Kampfbahn und teilten uns mit, daß laut Anschlag die Betriebsstelle geschlossen und

250 Notstandsarbeiter auf die Straße geworfen

seien. Wann eine Wiederaufnahme erfolgen könne, so hieß es in der „Verfugung“, sei unbekannt.

Belanntlich gingen die bescheidenen und völlig gerechtfertigten Forderungen der Notstandsarbeiter auf tarifmäßige Bezahlung und Bezahlung der Regentage. Trotzdem wurden ihnen in den letzten Tagen die durch Regen veraumten Arbeitsstunden am Freitag und Sonnabend in Abzug gebracht. Uns lagen zwei Lohnkatten vor. Auf der einen mit dem riesigen Wochenverdienst von ganzen 13,85 Mark war ein Abzug von 1,20 Mark für Regentage vorgenommen, sod der betreffende Notstandsarbeiter (verheiratet und ein Kind) ganze 12,65 Mark pro Woche ausgezahlt erhielt. Jüngere Notstandsarbeiter erhielten etwa 10 — Mark.

Daß der Protest gegen diese Hungerbezuge und die Forderung nach besserer Entlohnung seitens der Notstandsarbeiter nur zu berechtigt ist, kann niemand leugnen, am allerwenigsten die gutbezahlten und gutgenahrten Herren der Stadtverwaltung. Eine

Demonstration der Notstandsarbeiter.

die heute morgen um 7 Uhr ab allen allen Baustellen

begann, wird ihnen das in Erinnerung bringen. Gegenwärtig ziehen einige Tausend Notstandsarbeiter zum Ring und Ritterplatz. Wir werden über diese Demonstration noch berichten.

Die Zeit des geduldigen Stillschweigens für die Breslauer Notstandsarbeiter ist vorbei. Auch die noch im Betriebe stehenden Arbeiter werden den Forderungen unterstützen. Das wägen sich die Scharfmacher im Magistrat merke!

3000 Notstandsarbeiter auf der Straße.

Schupo sperrt den Ring ab.

Kurz vor Redaktionsschluss wird uns berichtet:

Heute morgen gegen 9 Uhr versammelten sich die Notstandsarbeiter auf der Sternschanze. Es bildete sich ein Demonstrationzug von etwa 3000 Mann. Nachdem der Zug sich in Bewegung setzte, wurde bekannt, daß der Ring durch ein großes Schupo aufgebot abgesperrt sei. Die Erwerbslosen zogen durch die Michaelisstrae zum Platz vor die Elisabethkirche. In ihrem Zuge trugen sie Schilder mit den Aufschriften: „Der Hunger treibt uns auf die Straße!“ „Wir fordern Tariflöhne!“ „Wir fordern Bezahlung der Regentage!“ „Der mit der Amnestie!“

Eine Delegation der Notstandsarbeiter verhandelt gegenwärtig mit dem Magistrat. Ihr gehören u. a. an: Moser, Gründler, Mahn und Rahmisch.

Vom Tage.

Am 3. Mai 1925 wird die Neuwahl des Reichspräsidenten stattfinden.

Im Rechtsausschuß des Reichstages bestritten die Vertreter der Landesregierungen der Reichsregierung das Recht, eine allgemeine Reichsamnestie zu erlassen. Die Kommunisten verlangten dagegen eine Reichsamnestie.

Die Reichsregierung gibt eine lange Denkschrift zur Frage der Ruhrentschadigungen heraus, in der der Ruhrskandal vertuscht werden soll.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat bei seinem Vortritt zur deutschen Volkspartei zwecks Bildung der großen Koalition einen Korb erhalten.

Gegen Mordbistem und Bergherren-Willkür — für den 7-Studententag.

Bergarbeiterfragen im Preussischen Landtag.

Urantrag

Der Abgeordneten Sobotta, Abel, Schulz (Dittersbach), Lademann und Genossen.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verbieten die Grubenherrn den Bergarbeitern das Befahren der einzelnen Steigerabteilungen in einer Sacht. Sie erklären, daß eine Steigerabteilung nicht als Fahrabteilung gilt und diktieren den Betriebsräten die Befahrung von mehreren Steigerbereichen an einem Tage. Wo die Betriebsräte sich dem Diktat nicht fügen, wird ihnen die Bezahlung des zuständigen Lohnes verweigert.

Die Bergarbeiter, die in solchen Fällen als Beschwerdeinstanz von den Betriebsräten angerufen wurden, verhalten sich vollkommen passiv und lassen das geschehene Treiben der Grubenherrn zu. Die Verhinderung der Befahrung an der Befahrung der Steigerbereiche must aber eine große Steigerung der Unfallziffern zur Folge haben.

Der Landtag wolle über beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, sofort durch Vergleichsvereinbarung anzuordnen, daß ein Steigerbereich als eine Fahrabteilung im Sinne des Betriebsratsgesetzes sowie der nach diesem Gesetz aufgestellten Richtlinien gilt.

Urantrag

Der Abgeordneten Sobotta, Abel, Schulz (Dittersbach), Lademann und Genossen.

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, auf allen Grubenden des preussischen Staates oder der Aktiengesellschaft, deren Aktien sich im Besitz des preussischen Staates befinden,

ab 1. März 1925 die siebenstundige Arbeitszeit für Untertage beschäftigte Arbeiter und die achtstündige Arbeitszeit für die Ubertage beschäftigten Arbeiter wieder einzuführen.

Breslauer Metallarbeiter für Gewerkschaftseinheit.

(Dieser Bericht mußte gestern aus technischen Gründen zurückgestellt werden. Die Red.)

Breslau, 3. Februar.

Gestern abend fand die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Breslau statt. Nach einem Referat des Konsumgenossenschaftlers Reimann und eingehender Diskussion, in der Genosse Smolka sprach, nahmen die anwesenden Mitglieder, Stimmen dreier reformistischer Sekretäre, der Bierlich, Menzel, Handke, folgende Resolution an:

Antrag

Die Generalversammlung des DMV Breslau beauftragt die Ortsverwaltung, beim Vorstand zu beantragen, daß er sich für die Herstellung einer Gewerkschaftsinternationale einsetzt und dafür wirkt, daß alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften der Welt, ganz gleich, ob und welcher Internationalen sie zurzeit angehören, zu einer Gewerkschaftsinternationale zusammengeschlossen werden. Ueber die Art und Zusammensetzung eines einzuberufenden Weltkongresses beschließen die Vorstände beider Internationalen auf einer Konferenz.

Die Annahme dieser Resolution ist der erste Erfolg der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit. Zum erstenmal wieder seit Jahren haben die kommunistischen Gewerkschaftler im DMV es fertig gebracht, die Mitglieder hinter ihrer Forderung zu vereinen. Und was diesmal das bemerkenswerteste ist, die Resolution wurde angenommen ausgerechnet gegen die Stimmen dreier Sekretäre. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit ist also auch in den Reihen der Breslauer Gewerkschaften so stark, daß sie sich durch keine reformistische Sabotage von ihrer Forderung abhalten lassen.

Die Entrüstung der Ganner!

Die Breslauer Barmatpartei „protestiert“ gegen den 700-Millionen-Skandal. — Sie wollen an der Runiederlegung beteiligt sein!

in r. Breslau, 5. Februar.

Wer kennt nicht die alte Geschichte von dem großen Lumpen, der von seines Mitlumpen angeklagt wird, weil er sich bei der Runiederlegung der Ganner übers Ohr gehauen hat. Der Lumpen wird natürlich vor Entrüstung krafen, wird ein lautes Geschrei erheben und erst dann stille schweigen, wenn auch er seinen Anteil bekommen hat.

Diese Rolle des betrogenen Mitlumpen spielt die Sozialdemokratie in dem Skandal des 700-Millionen-Schenkens an die Ruhrindustrie. Und gerade hier in Breslau spielt sie sie mit einer Unverfrorenheit, einem Ignorismus, die den jungen Leuten des gerissenen sozialdemokratischen Parteischleiers alle Ehre macht. Seit dem wird die Breslauer SPD in drei üblichen Versammlungen einen „Massenprotest“ gegen den 700-Millionen-Skandal“ anzukunden. Man klammert die Partei, die nach den Barmatentkullungen als durch einen betruglichsten Grabschieber bis auf die Knochen korrumptiert dasteht, die Partei, deren volle Verantwortlichkeit an der „Kredit“-gabe dokumentarisch bewiesen ist. Diese Partei waagt es noch, der Breslauer Arbeiterkassette unter die Augen zu treten, wagt es, über den „700-Millionen-Skandal“ zu reden. Das ist nicht nur eine Unverschämtheit, sondern eine unerbortliche Beleidigung der Breslauer Arbeiterkassette, ein laun zu überbietender Appell an die Dummheit und Uninformiertheit der Massen.

Dem selbst wenn die Winzer-Mache-Biesch (der Vob-Ersatz für heut abend) nicht die Schwächer wären, die sie sind, sondern wahre Redegenie, könnte es ihnen beim besten Willen nicht gelingen, schwarz in we umzukehren und folgende Tatsachen aus der Welt zu schaffen:

1. Daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun in der Kabinettsitzung am 20. Dezember 1923 dem Verprechen des damaligen Reichszanzlers Stresemann, die armen Ruhrkapitalisten mit 700 Goldmillionen zu „entschädigen“, zugestimmt hat!
2. Daß die sozialdemokratischen Minister Zolmann, Silberding, Schmalz an der Bereitstellung des Geldes der 700 Millionen aktiv mitgewirkt haben!
3. Daß der sozialdemokratische Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Husemann, sich schriftlich bei der Regierung für die „Entschädigung“ der Ruhrkapitalisten eingesetzt hat!
4. Daß der Sozialdemokrat Müller-Franklen in der letzten Dienstagssitzung des Reichstages im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion eine Unterstützung des kommunistischen Antrages auf Einlegung eines Untersuchungsausschusses für diesen Korruptionsfall abgelehnt hat!

Davon werden die Winzer-Mache-Biesch natürlich schweigen, werden diese Dinge bestenfalls leugnen, aber um so lauter über die 700 Goldmillionen heulen und nach dem Rezept der letzten „Volkswacht“ von den „Armenen“ reden, denen diese 700 Millionen hätten zugute kommen können. Widerliche Heuchler! Nie in den ganzen Jahren, in denen die Sozialdemokratie als direkte oder indirekte Regierungspartei verantwortlich war für die Verwendung der Reichsfinanzen hat sie auch nur einmal gezeigt, daß es ihr darauf ankommt, den Armen, den Ausgebeuteten, den schweren Druck zu mildern. Im Gegenteil, gerade Sozialdemokraten haben das ungeheuerliche Steuerjoch des direkten Lohnsteuerabzuges, haben die tödlichen Schlingen des Systems von indirekten Steuern (nach dem neuen Luther-Etat für eine Familie mit 4 Kindern 600 Goldmark jährlich!) geschaffen.

Und doch ist diese Unverschämtheit der Breslauer Sozialdemokratie ein wichtiges Glied in der Politik der Barmatpartei. Der scheinbare Widerpruch in ihrer Haltung: erst Zustimmung, dann Entrüstung und bei Gefahr des völligen Aufdeckens Mithilfe zur Vertuschung, ist nur auerlich. Innerlich ist diese Politik völlig konsequent! Sie hat die Konsequenz des bedingungslosen Helferscheiters der kapitalistischen Herrscher, der mit ihnen durch dick und dünn geht und auf Futritte nur mit schwächlicher, nie in Gefahr ausartender „Opposition“ antwortet. In gewissen politischen Situationen bemächtigt sich eine solche Scheinopposition der Führung einer gemaltigen Massenemporung und lenkt sie ab, erstickt sie von innen heraus.

Genau so ist es heute mit der Protesthaltung der Sozialdemokratie. Deren Zweck ist allzu durchsichtig. Die schwarz-rot-gelben Hoffnungen der SPD, die Hoffnungen auf den großen Blod der Republikaner, der illusionslosen kapitalistischen Schildehalter, sind zertroben. Die deutsche Bourgeoisie will zur Durchführung ihrer Damesplane eine Regierung mit brutal offenem Gesicht. Sie verachtet deshalb auf die freundliche Hilfe der Sozialdemokratie, auf die sie sich in schwächeren Stunden gestützt hat. Als Gegenkasschlag inheniert der hinausgeworfene Lafat nun einen Entrustungsrummel, um seine Unentbehrlichkeit zu beweisen. Daß es der Sozialdemokratie nicht ernst ist mit der Empörung über den 700-Gold-

Friedensmiete ab 1. Juli 1925.

(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 5. Februar.
Die Stinnespartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach das Reichsmietengesetz aufgehoben werden soll und ab 1. Juli 1925 die Friedensmiete wieder eingeführt wird.
Die Unternehmer gehen nur an allen Fronten zur Generaloffensive vor. Gegen die Arbeiter, die 50-80 Prozent des Friedensreallohnes erhalten, soll nun wieder ein ungeheurer Schlag geführt werden. Obiger Antrag wird gestellt von der Partei, mit der die SPD. jahrelang in großer Koalition war und mit der sie wieder in Preußen anbandeln möchte. Nur der geschlossene Widerstand der Arbeiterklasse kann diese Pläne der neuen Cunoregierung abwehren.

Der weiße Terror.

(Eigener Drahtbericht)
Königsberg, 5. Februar.
Vor dem Schöffengericht in Stallupönen wurden neunzehn Genossen wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu langjährigen Zuchthaus- und Geldstrafen verurteilt. Gegen diesen Schandstreich der ostpreussischen Justiz muß die gesamte deutsche Arbeiterklasse auf den Plan treten!

Der Eisenbahner-Betriebsräte-Kongress in Oppeln.

Von einem Eisenbahner.
Am 1. Februar tagte in Oppeln im Stadtverordneten-Sitzungssaal der oberschlesische Eisenbahner-Betriebsräte-Kongress. Kollege Schwabbe eröffnete den Kongress und erteilte zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die neue Reichsbahn A.G. und die Arbeiter, dem Kollegen Fendrosch das Wort. F. beleuchtete die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner. Er zeigte dann praktisch, daß die Eisenbahner jetzt nur noch Tagelöhner einer Aktiengesellschaft sind. 2,5 Milliarden Goldmark sollen nach dem Londoner Abkommen an die Siegerstaaten gezahlt werden. In einem Staat, wo Hunger und Elend herrschen, sollen 2,5 Milliarden Goldmark aufgebracht werden. Es ist Unsinns, wenn man in Verfammlungen sagt, wir werden den Nachbarn bringen. Dieses Londoner Abkommen bedeutet mehr Personalabbau und eine verlängerte Arbeitszeit. Wenn das Abkommen erfüllt werden soll, muß Deutschland mehr Waren im Ausland absetzen als Waren aus dem Ausland nach Deutschland einführen. Er erklärte klar, daß dieses unmöglich ist. Diese Außenstaaten wollen unsere Waren gar nicht haben, weil sie selbst Waren erzeugen. Es kommt darauf an, den Eisenbahnbetrieb kaufmännisch einzustellen, um mehr Profite zu gewinnen. Die Eisenbahnunfälle sind schon daraus zurückzuführen. Er wendete dazu verschiedene Beispiele an. Er führte die schweren Folgen an, welche die abgebauten sowie die noch im Betrieb stehenden Kollegen treffen. Er führte aus, warum nicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen. Es ist Quatsch, wenn man in Verfammlungen behauptet, durch das Londoner Abkommen wird das Ruhrgebiet geräumt. Die Barmataffäre zeigt, wie verlogen die Regierung ist. Wie stellen wir uns als Vertreter, sondern für die gesamten Eisenbahner. Die Eisenbahner sollen nicht mehr als Anhängel dastehen, sondern sollen mit der übrigen Arbeiterklasse kämpfen. Dazu müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir müssen dem brutalen Kampf der Unternehmer mit ebensolchen brutalen Waffen entgegentreten. Ein solcher Kampf ist nur durchzuführen, wenn die Kollegen ihr ganzes Gedächtnis darauf konzentrieren. Kollege Fendrosch zeigte die Bedeutung der Gewerkschaften. Er erklärte dann noch die organisierten und die unorganisierten Kollegen. Von den unorganisierten Kollegen, welche sagen, sie werden nicht für den Bonzen zahlen, damit er ein feines Leben führt, und von denjenigen, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Er sagte auch, woran es liegt, daß gerade

Unser Ziel!

Wir erhalten folgende Meldung:
Essen, 5. Februar.
In einer Werbelampagne gewann unser Essener Brudrorgan „Ruhr-Geh“ 3600, und unser Vlachener Brudrorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, 3500 neue Abonnenten.
*
Schließliche Genossen! Dieses glänzende Ergebnis unserer Genossen an Ruhr und Rhein ist eine ernste Mahnung für uns. Das Mindestziel, das wir uns in unserer Werbewoche vom 15. bis 22. stecken, ist
5 000 Neue Abonnenten!

Wir wollen, daß die Arbeiterklasse, die unter dem Ruhrkampf am schwersten gelitten hat, selbst ein Bild von den Vorgängen bekommt, die sich hier in dem zu bildenden Untersuchungsausschuß abspielen werden, um so mehr, als die Arbeiter auf diese Weise erfahren werden, in wie elender Weise sie von den Niedermiern und auch von der Regierung belogen und hinterlistig geführt worden sind. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)
Unsere Fraktion fordert weiter, daß diese Regierungen wegen Verletzung der Verfassung und der Reichstagsrechte unter Anklagezustand gestellt werden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)
Wir beantragen deshalb auf Grund des Artikels 59 der Reichsverfassung:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierungen Cuno, Stresemann, Marx und Luther vor dem Staatsgerichtshof (Verwaltungsstaatsgerichtshof) anzuklagen wegen schuldhafter Verletzung des Artikels 85 der Reichsverfassung, wonach Ausgaben des Reiches nur mit Genehmigung des Reichstages vorgenommen werden dürfen.“

Wir wissen, daß dieser Antrag nur wirksam werden kann, wenn er von 100 Mitgliedern des Reichstages unterzeichnet wird. Wir legen deshalb diesen Antrag auf den Tisch des Hauses und erwarten, daß sich genug Abgeordnete für Unterzeichnung finden (Wachen bei den Sozialdemokraten. Abg. Müller-Franken: Fastnachtstul!) — Ich stelle fest, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion diesen Antrag als einen Fastnachtstul bezeichne!

Müller-Franken (SPD.):

Der Abgeordnete Stoeder hat von mir verlangt, daß ich mich klar auszusprechen soll.
Ich will deshalb ganz klar sagen, daß meine Fraktion heute seine sämtlichen Anträge ablehnt. Wenn wir einen Untersuchungsausschuß haben wollen, so beantragen wir das jetzt.
Ich glaube mich klar genug ausgesprochen zu haben. Was wir zu tun haben, wissen wir allein.

Genosse Stoeder:

Wir stellen vor der Öffentlichkeit fest (Lachen bei den Sozialdemokraten, daß die Sozialdemokratische Fraktion wie in so vielen anderen Fragen auch in dieser Frage nur einen elenden Schein Kampf führt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Herr Müller lehnt hier ab, einem Antrag auf Einlegung eines Untersuchungsausschusses zuzustimmen, nur weil er von den Kommunisten gestellt worden ist. Dieses Verhalten ist überaus bezeichnend und kennzeichnet die heillosen Heuchelei der sogenannten Opposition der Sozialdemokraten. (Bravo bei den Kommunisten.)

Ein edler Sozialdemokrat.

Berlin, 4. Februar.
Die Sumpfbüchsen in der Heilmann-Bauer-Partei werden immer zahlreicher. Der mecklenburgische Sozialdemokratische Abgeordnete Fresenius, führender Sozialdemokrat und Vorsitzender der Krankenkasse, ist mit Lohngeldern für seine Kollegen verschwunden.

millionenmal, denn die Torgate, daß es unabhälligen Sozialdemokraten schon seit Jahren bekannt war. Und daß sie ihn erst jetzt zum Plagen besaß, weil die letzte Regierungspolizei verloren zu haben glaubt. Aber die Diktatur der SPD. und auch die heillosen „Mittelwege“ der Nationalpartei in Preußen haben noch einen anderen Zweck: Das wahrhaftige Gesicht des Kreditkardinals in verführerischen, die gewaltige Erregung der belohlenen deutschen A. B. K. in der Wirtschaft zu führen und unschädlich zu machen! Auch die Winger-Mache-Politik, die heute abend als die unbedeutendsten Anklagen auftreten werden, sind nur Agenten der mit den Goldmillionen gefüllten Ruhrindustrie, indem sie verhindern, daß Teile der Breslauer Werkstätten erkennen, was hinter diesem „Geschenk“ steht: Eine Regierung, ein Staat, die von der Gnade des Großkapitals leben, die für die großen Räuber nur ein geschickteres Werkzeug zur Verstärkung ihrer Raubzüge sind. Davon, vom wahren Charakter dieser Republik, werden die unbedeutendsten Sozialdemokraten heute abend schwärzen. Sie werden angesichts der Sumpfbüchsen Ruhrskandal, Barmat, Korruption, Kautskerschwindel, Spritschiebungen usw., den Breslauer Werkstätten erzählen, daß der Boden eigentlich gut sei, auf dem diese gedeihen, anstatt offen zu erklären, daß es Aufgabe der ketzerischen Werkstätten ist, den ganzen Sumpf trocken zu legen.

Diese Aufgabe fällt der kommunistischen Partei, den revolutionären Arbeitern im Betrieb und in der Gewerkschaft zu. Die heutigen Versammlungen der Barmatpartei bedeuten, daß wir noch nicht verstanden haben, sie erfolgreich in Angriff zu nehmen. Ein verächtlicher Futtritt müßte die Antwort der Sumpfbüchsen von Werkstätten auf diese sozialdemokratische Einladung sein.

Es muß abgerechnet werden mit den Gaunern, die glauben, sich durch eine geschickte Ausnutzung der Massenempörung für die deutsche Bourgeoisie wieder regierungsfähig zu machen!

Wie die SPD. die Aufdeckung des Ruhrskandals verhinderte.

Aus dem Reichstagsprotokoll.

Berlin, 4. Februar.

In der Dienstag-Sitzung des Reichstages erklärte Genosse Stoeder vor Eintritt in die Tagesordnung:
Im Hausparlament des Reichstages sind in den letzten Tagen Dinge zur Sprache gekommen, die dringend eine öffentliche Beratung im Plenum des Reichstages erfordern. Wir stellen deshalb, damit der Reichstag sofort Stellung nehmen kann, folgenden Antrag:
„Der Reichstag wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuß von 18 Mitgliedern einzusetzen zwecks Klärung über die von den Reichsregierungen Cuno, Stresemann, Marx und Luther den Industrieunternehmungen des besetzten Gebiets gegebenen Verpfändungen, Kreditgewährungen, Steuerstundungen und ohne Genehmigung des Reichstages getätigten Auszahlungen von Riesensummen als Entschädigung für sogenannte Ruhrschäden, während und nach dem Ruhrkampf.“

Es ist ein Junkel des Reichstages notwendig, um einen solchen Untersuchungsausschuß einzusetzen, so daß unsere Fraktion allein diesen Antrag nicht durchsetzen kann. Wir erwarten aber, daß sich so viel Abgeordnete finden, um diesen Untersuchungsausschuß bilden zu können.

Da wir aber zu diesem Untersuchungsausschuß wie zu allen anderen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen keinerlei Vertrauen haben, stellen wir den weiteren Antrag:

„Zu dem Untersuchungsausschuß über die sogenannte Entschädigung der Ruhrschäden an die Großindustrie des besetzten Gebiets sind 18 Arbeiter aus den Großbetrieben des Rhein- und Ruhrgebiets hinzuzuziehen.“

Rüstet zur Werbewoche (15. bis 22.)

MESS MEND

Die Yankees in Leningrad
Copyright by Modernerverlag, Wien 1924

Und wie um seine Worte zu bestätigen, drang wieder ein unheimliches Heulen herauf, aber dieses Mal war es nicht unter uns, als wenn das heulende Weien, während wir sprachen, uns näher gekommen wäre.
Entsetzt stürzten die Matrosen zu ihren Kajüten, auch ich sprang unter die Decke, aber nicht, weil mich die Angst überfiel, es war die Müdigkeit. Ich schlief sofort ein.
Ich machte ziemlich spät auf. Der Morgengong dröhnte uns in die Ohren, rief uns zum ersten Frühstück. Die Matrosen sprangen auf und überließen ihre warmen Kajüten den todmüden Kameraden.
Als ich in den Waidraum trat und den Kopf unter dem kalten Wasserstrahl steckte, flüchelte mir der alte Koverius zu:
„Gabe ich dir nicht gesagt, daß es eine Leiche geben wird! Die Telegraphistin hat gerade in dem Augenblick, als der Hund heulte.“
Ich sprang unter dem Wasserhahn hervor, stürzte, ohne mich abzudrücken, in die Waidkammerabteilung:
„Viegra!“ rief ich: „Ist es wahr, daß Miß Loter gestorben ist? Woran ist die denn gestorben?“
„Brüll“ nicht,“ erwiderte völgelhaftig der Portugiese: „Wahrscheinlich hat der Sturm die Arme erschreckt, oder sie hat zu viel gegessen, — mehr, als ihr Herz vertragen konnte. Sie war übrigens auch schon über die Bierzig, die bunten Schleifen, die sie am Leibe hatte, änderten nichts daran.“
Ich ging an meine Arbeit. In diesem Augenblick wurde es mir klar, daß die geringste Unvorsichtigkeit mich meinem Tode näherbringen würde. Den ersten freien Augenblick benützte ich, um dies niederzuschreiben und eine geeignete Flasche zu finden. Dann schlich ich ins Lazarett, wo man mich nur mit Mühe hineinließ. Ich ging hin, um Dahn zu besuchen.
Der unglückliche Epileptiker lag regungslos, mit zusammen-

gekniffenen blauen Lippen da. Es kostete Mühe, ihn zum Sprechen zu bewegen.
„Was will man von mir? Ich will sterben — je schneller desto besser. Ein Mensch kann nicht leben, der einen Satan gesehen hat. Und ich hatte doch mit meinen eigenen Augen gesehen, wie der Satan meinen Freund erschlagen hat... Nein, außer mir ist ins Lazarett niemand gebracht worden. Der Lazarettarzt für die Passagiere befindet sich nebenan.“
Mit diesen Worten verkrümmte Dahn und drehte mir den Rücken zu. Ich preschte aus dem Unglücklichen alles heraus, was ich nötig hatte und schlich unruhig auf Deck hinaus. Wassilow hatte also nicht im Lazarett übernachtet. Ich ärgerte mich über seine Unvorsichtigkeit. Warum hat er den klugen Rat nicht befolgt?
Oben, im kleinen Salon, ging es sehr lebhaft zu. Die Passagiere der ersten und zweiten Klasse drängten sich um Rowaitowsky, — man unterhielt sich über den Tod der Telegraphistin.
„Ich fordere, daß eine Desinfektion vorgenommen wird!“ erregte sich eine ältere Dame aus der Kajüte Nr. 8.
„Aber ich bitte Sie, — sie ist ja an einem Herzschlag gestorben!“
Der Mann, der diese Worte mit laudender Stimme aussprach, stand mit dem Rücken zu mir. Ich sah ihn an und armete erleichtert auf. Das war Wassilow in eigener Person — lebhaft, munter, geistreich, — er erinnerte in keiner Weise an den gekrüchten furchtamen Wassilow. Er lebt, — eine Last fiel mir von den Schultern, Gott sei Dank! Ich wollte ihn ansprechen, aber ich fürchtete, dem Steuermann unter die Augen zu kommen.
Währenddessen unterhielt sich Wassilow lebhaft mit den Passagieren; es gelang ihm, die angestrichelte, ältere Dame zu beruhigen; als die Tochter des Senators Rotbein ihr winziges Taschentuch fallen ließ, hob er es gewandt auf — kurz, er benahm sich wie ein Mann der besten Gesellschaftskreise.
„Sieh einer an, welche Fähigkeiten in dir stecken!“ dachte ich, wörtlich lachend. Als er mit einer Zeitung in der Hand abwärts von den andern in einem Sessel Platz nehmen wollte, berührte ich ihn an der Schulter.
„Warum haben Sie nicht im Lazarett übernachtet?“ Wassilow drehte sich ruck um und sah mich scharf an.
„Jungens! Das war Wassilow, es war kein Gesicht, keine Nase, keine Lippen, kein Haar, kein Sadel, kein Hofe, keine

Welle, keine Stiefel, das war Wassilow, sage ich euch, und — und er war es nicht. Das war ein ganz anderer Mensch, das sieht ebenig fest, als daß ich ein Schottländer bin und Bisk heiße.“ Ich konnte mich nicht beherrschen und stieß einen leisen Schrei aus.
„Was ist Ihnen?“ fragte lächelnd der angebliche Wassilow, der andere Wassilow, das Gespenst von Wassilow, ich weiß nicht, wie ich ihn nennen soll, — aber ich antwortete nicht, die Zähne schlugen mir aufeinander, ich stürzte kopfüber nach unten, zu seiner Kajüte.
Es gelang mir, unbemerkt in eine Wand zu schlüpfen. Ich warf einen Blick in die Kajüte: es hatte sich nichts verändert, sogar der Revolver lag auf dem Tisch, und in der Ecke stand seine Reisetasche. Schlafe ich oder? ... Ist es ein Alpdruck? Aber wenn es sicher ist? daß ich Bisk heiße und kein anderer bin, dann ist es ebenso sicher, daß der Mann oben nicht Wassilow ist!
Ich sprang wieder hinaus, um in meine geheime Kajüte zu gelangen. Als ich durch den Korridor lief, merkte ich nicht hinter mir, kaum zwei Schritte entfernt, den rothaarigen Mann im Gehrod. Er eilte mir nach, seine magere, leblose Hand mit den stark geschwollenen Knöcheln berührte leicht das Geländer. Ich stürzte, so schnell ich konnte, vorwärts, überholte ihn um zwanzig Schritte, drehte um die Ecke und schob pfeilschnell in den engen Spalt hinein...
Ich, endlich gerettet, wenigstens auf eine Stunde, aber gerettet! Ich verschloß sorgfältig alle Ein- und Ausgänge, nahm Papier und Feder heraus und schrieb das Tagebuch zu Ende...
Jetzt steckte ich das Tagebuch in die Flasche, und richte mit einem Diamantsplitter das Zeichen „M. M.“ ins Glas, um es dann ins Wasser zu werfen.
„Wer es auch sein mag, der diese Flasche aus dem Ozean herausfischen wird — er wird sie Michael Lingsmayer zu stellen. Es gibt in der Welt viel mehr unserer Leute, als wir es selbst wissen.“
Ich war gerade im Begriff, das Papier in die Flasche zu stecken, als ich ein Geräusch von fließendem Wasser vernahm. Ich warf einen Blick auf die Decke hinauf und sehe einen Spalt von zwei Fingerbreiten, — ein dicker Strahl strömt in die Kajüte hinein.
(Fortsetzung folgt.)

Die Obersten Sozialkollegen ausgeschlossen wurden. Sie standen in der Opposition, und die ist der Beweis, daß die Opposition richtig war. Wir werden in kurzer Zeit Nachforschungen anstellen, welche Betriebsräte noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Wir können nicht verlangen, daß die Eisenbahner in die Gewerkschaft eintreten, wenn nicht einmal ihre Vertreter organisiert sind. Er führte auch das Eisenbahner-Scho an, daß sich durch dieses Organ die Kollegen enger verbinden. Wenn wir erfahren, daß Gewerkschaftsleiter der Kollegen abtreten, das Eisenbahner-Scho zu halten, dann sagen wir, das bedeutet, mit der Direktion an einem Strick zu ziehen, und es ist gegen die Kollegen. Er erklärte, wie notwendig es ist, das Eisenbahner-Scho zu lesen. Zum Schluß sagte er, daß wir uns klar der Hindernisse sind, die uns entgegenstehen, daß wir aber als Betriebsräte unser ganzes Gehirn auf die Gesundung der Eisenbahner einstellen. Anschließend las er eine Resolution vor, über welche dann abgestimmt wird.

Die Diskussion war sehr reg. Kollege Weiser unterscheidet die Ausführungen des Kollegen Jendrosch, verurteilt aber, daß er für den GEB-Partei ergreift. Kollege Jendrosch, Bezirksleiter der GEB, sagte, daß das Referat des Kollegen Jendrosch nicht parteipolitisch war. In Bezug auf die Beschlüsse sagte er, daß diese einen schweren Verzug haben (Gelächter). Er freut sich, daß gesagt wurde, die Kollegen sollen wieder in die Gewerkschaften eintreten. Außer den beiden Diskussionsrednern haben noch mehrere Kollegen das Wort erhalten. Da in der Diskussion der GEB zur Sprache kam, erklärte Kollege Schwalef ganz deutlich das Ziel des GEB.

Im Schlußwort erklärte Kollege Jendrosch, warum er dem Referat einen politischen Kern gab. Er sagte, daß die Wirtschaft sehr eng mit der Politik verbunden ist. Aber die Kollegen sagte er, daß es nicht darauf ankommt, von wem er das Geld bezieht, sondern ob er für oder gegen die Arbeiter ist. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen an die Wähler gegenüber dem Eisenbahner-Scho. Eine zweite Resolution wurde vom Kollegen Jendrosch vorgelesen. Die zwei Resolutionen, welche dann zur Abstimmung gelangten, wurden einstimmig angenommen.

Auf den zweiten Punkt: Ueber die wissenschaftliche Betriebsführung (Referent Kollege Schwalef) brauchen wir nicht besonders eingehen, da wir schon gelegentlich über diesen Punkt bei der Beschlusssitzung in Oppeln in unserem Blatte berichteten.

Zu Punkt 3, Verschiedenes, sprach Kollege Schwalef über die Freifahrtsordnung und die Betriebsräteparität. Er gab den Betriebsräten praktische Winke, wie sie sich beim Abbau der Kollegen verhalten sollen. Zum Schluß betonte Kollege Jendrosch die Wichtigkeit eines Reichs-Betriebsrätekongresses. Dazu wurde eine Resolution vorgelegt. Diese wurde einstimmig angenommen. Die Resolutionen werden wir in den nächsten Tagen veröffentlichen. Am 3. Abende nachmittags schloß Kollege Jendrosch den Kongress und erwähnte die Kollegen zu aktiver Arbeit innerhalb der ober-schlesischen Eisenbahn.

Der entlarbte Aufwertungschwandel.

Berlin, 5. Februar.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages ist gestern wieder einmal zusammengetreten. Seine Sitzung lief dahin hinaus, auszu-mobeln wie sich die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten um ihre Wahlversprechungen herumdrücken und die Wähler betrügen können.

Es stand nicht die Aufwertung, sondern ein Gesetz zur Verhinderung der Aufwertung zur Beratung. Der Gesetzentwurf, der über die Aufwertungsfragen schwebt, gibt den Parteien das Recht die Auslegung des Reichsgesetzes bis zur Inkraftsetzung des Aufwertungsgesetzes zu beantragen. Jeder durch die Inflation reich gewordene Schuldner, der vom Gläubiger verklagt wird, hat also das Recht Auslegung des Verfahrens zu beantragen. Ein Antrag zu beschließen, daß das Aufwertungs-gesetz am 1. April 1925 in Kraft treten soll, wurde abgelehnt.

Amerika und Sowjetrußland.

Von Verilus (Moskau).

In der ganzen Welt wurde der Rücktritt des Außenministers der Vereinigten Staaten von Amerika, Hughes als ein Vorzeichen zur Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika angesehen und hat daher überall einen entsprechenden sehr tiefen Eindruck hervorgerufen. In der Frage der weiteren Aktivierung der amerikanischen Weltpolitik ist der Schlüssel zur Lösung des uns interessierenden Ereignisses zu suchen. Die Anerkennung der Sowjetunion ist von diesem Gesichtspunkte aus nur ein Teilstück, aber ein Teilstück, das jetzt für die weitere Entwicklung der aktiven amerikanischen Politik wesentlich geworden ist. Die Entwicklung wird jetzt ohne die Herstellung von Beziehungen mit der Sowjetunion bereits unmöglich.

Auf persönlichem Gebiete wird der Rücktritt Hughes' allgemein als das Ergebnis eines Sieges seines ständigen Neben-hüfers, des Senators Borah angesehen. Seitdem Borah Vorsitzender der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten geworden war, konnte der Konflikt zwischen ihm und Hughes nicht mehr mit den früheren Mitteln gelöst werden, und die Befestigung eines von beiden würde unvermeidlich. Nach den letzten Wahlen, die für die Republikanische Partei und für den Präsidenten Coolidge selbst so glänzend verliefen, erstarrte letzterer so sehr, daß er es bereits nicht mehr nötig hatte, vor Hughes zu kapitulieren. Zugleich wurde Senator Borah für Coolidge und die herrschenden Kreise der Republikanischen Partei überhaupt zu einem höchst notwendigen Mann, weil er eine außerordentlich vollständige politische Figur und außerdem vom Charakter der Opposition gegen die reaktionären Kräfte umgeben ist. Während der Wahlkampagne hatte er seine Ansichten nicht verborgen und war im besonderen kein einziges Mal aufgetreten, ohne die Forderung der Herstellung der Beziehungen mit der Sowjetunion zu erheben, wobei diese Forderungen und Forderungen in den Massen lauten Widerhall fanden.

Die politische Stellung Hughes' litt an einem ausweglosen inneren Widerspruch, der ihn zu einem unvermeidlich nahen Ende seiner Tätigkeit als Minister verurteilte. Hughes, der Anwalt der Standard Oil, eng verbunden mit den im Auslande Kapitalanlagen besitzenden Bankanstalten, war zugleich ein bestimmter, wenn auch vorläufiger Anhänger der Einmischung Amerikas in die Angelegenheiten Europas und der Teilnahme an dem Aufbau letzterer. Aber alle Versuche, Hughes' und seiner Freunde, der aktiven europäischen Politik die Anerkennung der Sowjetunion als etwas Fremdes, oder als etwas sogar im Widerspruch mit ihr stehendes entgegenzusetzen, waren im wesentlichen völlig unglücklich. Die aktive Teilnahme Amerikas am Wiederaufbau und an der Befriedigung Europas kann durch die elementare Logik nicht umhin, Amerika zur Ausnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion zu führen.

Hughes hat darauf hingewiesen, daß in wirtschaftlicher Beziehung die Sowjetunion ein luftleerer Raum sei, aber die Tatsachen haben dafür gezeigt, diesen aberneren Ausbruch zu widerlegen. Die Reise des im Vorjahre verstorbenen Genossen Logan nach Amerika und die von ihm vorgenommene Erkundung von besonderen Wirtschaftsorganen in Amerika zum Ankauf von Baumwolle für die Sowjetfabriken haben die falsche Konstruktion Hughes' zusammenbrechen lassen. Die mit dem Verkauf von Baumwolle verbundenen Kreise Amerikas könnten nicht umhin, zu aktiven Anhängern der Her-

stellung von Beziehungen mit uns zu werden und so in der Tat die innere Verlogenheit der Stellungnahme Hughes' dar-zulegen.

Die aktive Politik der Sowjetunion im Fern-Osten, die Verhängung ihres Einflusses in China, die tiefgreifenden Veränderungen, die in China selbst vor sich gehen, die Verhängung der amerikanischen Elemente in China, das in kurzer Zeit bestehende Erscheinen eines amtlichen Vertreter der Sowjetunion in Tokio, sind einige jener Tatsachen, die die amerikanische Politik zu größerer Aktivität im internationalen Maßstabe drängen müssen. In der vorangegangenen Zeit war der Träger des aggressiven Imperialismus im Fern-Osten das englisch-japanische Bündnis gewesen, während Amerika als Vertreter der Politik der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und der offenen Tür für alle dagehandenen war. Seit der Konferenz von Washington hörte das englisch-japanische Bündnis zu bestehen auf. An seiner Stelle tritt jetzt in China der englisch-amerikanische Bündnis, der kein Bündnis ist und sogar weit davon entfernt ist, es zu sein. Der englisch-amerikanische Bündnis besteht darin, daß England es nicht wagt, in China ohne Amerika aufzutreten.

Die Einbeziehung der amerikanischen Regierung in die Reparationsangelegenheiten war ein Wert der Hände Hughes' selbst, aber damit hat sich die amerikanische Regierung bereits auf einen Weg begeben, der es ihr unmöglich macht, sich von der Sowjetregierung abzulösen und sich länger zu weigern, mit ihr formelle Beziehungen zu schaffen. Als der nächste Schritt erscheint die Notwendigkeit einer Lösung des akut gewordenen Problems der internationalen Schulden, eines Problems, das sich schon geradezu mit einer wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Westen und der Sowjetunion kreuzt. Das Problem der internationalen Verschuldung und die sich ergebenden möglichen tiefgehenden Veränderungen in der transatlantischen Politik müssen die amerikanische Politik zu einer aktiveren Teilnahme an allen europäischen Angelegenheiten bringen.

Die wirtschaftlichen Interessen Amerikas, im besonderen die Rohstoffinteressen, ziehen es in die Angelegenheiten des Balkans und des Nahen Ostens hinein. Eine bedeutende Rolle beim Feldzuge von Ahmed Zogu nach Albanien spielte die Unterstützung durch amerikanische Agenten.

Werbewoche vom 15.-22. Februar

Die gestrige Bezahlungsleistung in Dresden hat beschlossen, in der dritten Februarwoche eine große Werbekampagne für Partei und Zeitung durchzuführen. Als Ziel wird aufgegeben:

**Erhöhung der Mitgliederzahl!
Verdoppelung der Abonnenten!**

Diese Werbewoche darf und wird nicht eine der zwar angeregten aber lässig durchgeführten Kampagnen sein. Partei, Redaktion und Verlag werden alle ihre Kräfte anspannen, um einen starken Erfolg zu garantieren. Dazu bedürfen wir der Mitarbeit aller Genossen im Bezirk.

In den nächsten Tagen werden durch Rundschreiben und Presse die notwendigen Anweisungen ergehen.

Genossen, rüftet!

die mit großen amerikanischen Firmen verbunden sind. Die Rohstoffinteressen Amerikas im Fern-Osten und die Konzeptionsgehalte der Amerikaner in Lateinamerika haben zu dem bekannten Eingreifen des amerikanischen Verbänders in Lausanne geführt, der auf Sicherung der amerikanischen Interessen bestand, um so mehr, als in Paris die amerikanische Politik mit den Bestinteressen der Standard Oil eng verbunden ist.

Die internationale Politik der Standard Oil aber führt Amerika bereits in unmittelbarem Kontakt mit der Sowjetunion. Lange Zeit hatte die Standard Oil gegenüber der Sowjetunion eine passive und intervenenzsüchtige Rolle gespielt und ihre Karte auf die Gegenrevolution gestellt. Der Standard Oil nachstehende Hauptes war zur Ausführung der Politik der Standard Oil in jener Zeit passiv. Aber die Zeiten ändern sich, und die Politik der Standard Oil gegenüber der Sowjetunion erfährt eine vollständige Veränderung. Immer mehr wird die Standard Oil zu einem großen Käufer von Rohstoffen der Sowjet. Da die Standard Oil eine der größten bestehenden Organisationen ist, die mit Rohöl handeln, hat sie es nötig, Rohöl von auswärts zu kaufen, wozu sie durch die in Amerika zu beobachtende Einschränkung der Rohölindustrie gedrängt wird. Die Standard Oil bedarf jetzt schon des Ankaufes von Rohöl bei uns.

Seinerzeit begründete Hughes seine abweisende Stellungnahme gegen die Anerkennung der Sowjetunion mit einem unbedeutenden Freigehalt, der der russische Handel in der Gesamtheit der amerikanischen Einfuhr und Ausfuhr darstelle. Aber schon die Rohölinteressen, die wichtigsten in der Welt, und die Baumwollinteressen, deren natürliches und andere Produktionszweige folgen, drängen die leitenden Kreise Amerikas zu einer Revision ihrer Stellungnahme aus gegen über. Dies muß auf die Weltlage in hervorragender Weise einwirken. Solcher heilsprechender Begegnung einer Verbesserung seiner Beziehungen mit der Sowjetunion bedarf, aber durch den Druck Amerikas und Englands davon abgehalten wird, hat die Veränderung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion natürlich tiefe Wirkung auch auf die transatlantische Politik. Die Sowjetunion kann eben von keinem der aktiven Faktoren der Weltpolitik ignoriert werden.

Ein militärische Konferenz in Singapore.

London, 5. Februar.

Die Reuter-Agentur teilt mit, daß in der nächsten Zukunft eine militärische Konferenz in Singapore stattfinden, an der die Admiräle und Geschwaderkommandanten der europäischen Flotten im gesamten Stillen Ozean (Indien, China, Australien) teilnehmen werden. Die Reuter-Agentur betont, daß solche Konferenzen von Zeit zu Zeit regelmäßig stattfinden und daß man der Konferenz „eine besondere Beachtung zuschreiben müsse“.

Die Tatsache, daß die halbstaatliche Reuter-Agentur sich bemüht, die Konferenz als „unbedeutend“ darzustellen, ist sehr bezeichnend. Noch bezeichnender ist, daß die Konferenz in Singapore stattfindet; die provozierende Haltung gegen Japan ist ganz offensichtlich!

Eingekerkert auf Java für den Kommunismus.

(Ein Toter und 30 Verwundete.)

Amsterdam, 4. Februar.

In Niederländisch-Indien greift die Bewegung der unterdrückten Kolonialvölker gegen die holländischen Imperialisten und Munheers immer weiter um sich. Bei der Stadt Madjalen fand, wie holländische Blätter aus Amsterdam berichten, ein heftiger Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten statt. In einer Versammlung der Sarekat-Kajat-Bewegung, in der die Verfolgung der kommunistischen Bewegung geäußert wurde, wollten die holländischen Polizisten einen Redner festnehmen. Es entstand ein Kampf, bei dem ein Versammlungsteilnehmer getötet und 30 schwer verletzt wurden. Die Polizei hatte 7 Verwundete.

Kommunistenverfolgungen auf dem Balkan.

In Ungarn fand eine große kommunistische Demonstration statt, bei der hunderten der Polizei Schuß gefolgt wurde. Es sind 8 Kommunisten getötet worden.

In Sofia wurde eine angebliche Geheimdruckerei der Kommunisten entdeckt. Als jetzt sind 8 Personen verhaftet worden.

Streiks in England.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 5. Februar.

Die Komitees der Eisenbahnergewerkschaften von Südwales und Monmouth nahmen einstimmig eine Resolution an, die die Aussetzung des Generalkonflikts fordert gegenüber dem Versuch der Regierung, die Eisenbahner zu militarisieren.

Der Streik in den öffentlichen Gebäuden Londons dauert an. Ferner steht London vor einem Streik seiner Straßenbahnen. Die Lokomotivführergewerkschaft behauptet, Streikbrecher im Falle des Streiks nicht zu befordern.

Lenins Bruder.

Alexander Iljitsch Ulanow.

Aber das Schicksal des älteren Bruders Lenin, A. S. Ulanow, ist uns Deutschen nicht viel bekannt, die Quellen stehen dürftig, wir wissen im allgemeinen nicht mehr als die bloße Tatsache, daß Ulanow an einer mißlungenen Verschwörung gegen Alexander III. teilnahm, verurteilt wurde, mit 14 Genossen und Genossinnen verhaftet und hingerichtet wurde. Wir wissen, daß dies Ereignis auf Wladimir Iljitsch einen tiefen Eindruck gemacht hat. In den Memoiren eines Gefährten Ulanows — M. W. Noworuchki — findet man nur einige Bemerkungen über Ulanow, ohne daß uns allerdings über sein Auftreten vor Gericht und über seinen Tod näheres mitgeteilt würde. Noworuchki, ein weicher ungeschliffener Mensch, ist fast wider Willen in jene Verschwörung hineingezogen, er hat keine aktive Rolle gespielt und anscheinend über den eigentlichen Plan des Attentats nichts gewußt. Seine Memoiren erschienen vor etwa 18 Jahren in einem längst verfallenen Berliner Verlag. Es ist möglich, daß Noworuchki aus begründlichen Gründen seine eigene Rolle nach Belieben darstellte, als sie in Wirklichkeit schon gewesen ist. Um so bemerkenswerter sind die wenigen Stellen, an denen Noworuchki auf Ulanow zu sprechen kommt. Nach 30 Jahren hat die Erinnerung von Ulanows Persönlichkeit noch so stark in Noworuchkis Gedächtnis, daß er ihm in seinen Memoiren ein ergreifendes Denkmal setzte. Noworuchki erzählt, daß sich im Jahre 1886 junge Leute in Petersburg zu einem Bund der Landsmannschafter zusammenschlossen, der sich zur Aufgabe machte, „zielbewusste Revolutionäre zu erziehen“. Der Grund des Bunde war in jenen Jahren besonders fürchtbar: die Bürokratie herrschte mit einem solchen Übermut, setzte sich frei über alle Gesetze hinweg und ergab sich einer völligen Willkür. Traß die Polizei in einer Wohnung mehr als sechs Menschen, so erklärte sie diese Zusammenkunft schon für eine „Versammlung“ und arrestitierte die Anwesenden! Dieser Bund konnte unter solchen Umständen nicht viel unternehmen, er hatte ein einziges festes Kontinuum mit der Polizei, als er am Gedächtnistage eines hingerichteten Revolutionärs an der Kasanathedrale eine Feier abhalten wollte. Die Kasanen griffen aus dem Zug 30 Personen heraus, verprügelten sie und entführten sie aus Petersburg. Ein Mitglied dieses Bundes war der Student A. S. Ulanow, „ein in jeder Hinsicht ungewöhnlich sympathischer Mensch. Von ihm ging etwas besonders Reines und Bornehmes aus; von der ersten Bewegung an mußte man für ihn eine aufrichtige, herrliche Zustimmung gewinnen. Er übertrug alle anderen durch seine geistigen Vorzüge und sich durch seine außerordentliche Bescheidenheit auf. In den Studentenangelegenheiten spielte er eine bemerkenswerte Rolle und man schätzte seinen Aufstrebungen eine besondere Aufmerksamkeit“. Noworuchki wußte nicht viel von Ulanow und seiner konspirativen Tätigkeit, rein intuitiv erfaßte ihn eine hohe Bewunderung für den jungen Menschen. Eines Tages richtete Ulanow an Noworuchki die Frage, ob man in seiner Wohnung drei noch lebende Bünde Dynamit herstellen könnte, das man bisher an einem Orte hergestellt hätte, den man jetzt meiden müßte. Noworuchki lehnte ab, es ginge bei ihm nicht — Ulanow schien über diese Ablage sehr getrübt. Aber dann bezog Noworuchki Sommerwohnung und überließ Ulanow seine Stadtschloßung, in der nun ein ganzes Laboratorium eingerichtet wurde. Schon jetzt spielte ein Spiel eine Rolle, der später Ulanow und Noworuchki vor Gericht verurteilt hat. Ulanow selbst sah Noworuchki erst wieder auf der Anklagebank. Ulanow hat Noworuchki nicht weiter in seine Pläne eingeweiht, Noworuchki hat auch nicht nach ihnen gefragt, weil ihm Ulanow gewiß geantwortet hätte: „Jeder darf nur das wissen, was er selbst will“ — die elementarste Regel jeder konspirativen Tätigkeit. Mithin wurde Noworuchki verhaftet und durch die Säde der Polizei in ein Garn gelockt, aus dem er sich nicht wieder befreien konnte. Ulanow hatte mit Noworuchki für den Fall einer Verhaftung Auslagen verabredet, aber die nichtswürdige Art der Justiz, Kinder als Zeugen aufzutreten zu lassen, „überführte“ zuerst Noworuchki und später Ulanow. Man machte zuerst 15 Personen den Prozeß, die man sämtlich als Angehörige der „terroristischen Fraktion der Partei des Volkswillens“ betrachtete, und denen man ein Attentat gegen Alexander III. verwarf.

Noworuchki erfährt erst aus den Anklageakten, daher tatsächlich eine Rolle in den Vorbereitungen zu einem Attentat gespielt hatte, dessen Organisations Ulanow gewesen war. In den letzten Februartagen hatte man auf dem Newski-Prospekt den Kaiser aufgelockert, ihn aber nicht getroffen. — Dafür wurden die Beschwoeren am 1. März von Geheimpolizisten, die sie schon längst beobachtet hatten, verhaftet. Schon im April fand der Prozeß gegen die Verhafteten statt; die Verhandlungen zogen sich fünf Tage hin. Ulanow wurde mit vier anderen Genossen zum Tode verurteilt, Noworuchki wurde „vorläufig“ zum Tode verurteilt, aber die Todesstrafe wurde in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Noworuchki verbrachte jetzt 19 Jahre hinter Kerkermauern! Ulanow aber brachte fast 19 Jahre hinter Kerkermauern! Ulanow aber.

Dr. Kurt Kersten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Arbeiterentlassungen in Frankreich. Die bei Paris gelegene Motorenfabrik Salomon, die hauptsächlich Auto- und Flugzeugmotoren herstellt, hat am 2. Februar aus Mangel an Flugzeugen ihre gesamte Arbeiterkraft, 2600 Personen, entlassen.

Englische Flottenbauten. Den Londoner „Daily News“ zufolge fordert die Admiralität für das Finanzjahr 1925/26 außer den bereits genehmigten acht Kreuzern zu je 10 000 Tonnen noch drei U-Boote, ein Flugzeug-Muttergeschiff, einen Minenleger, ein Depotgeschiff, vier Zerstörer und ein Depotgeschiff für U-Boote sowie ein Spezialgeschiff für überseeische Depots.

Die Industriekrise in England. Die Baumwollfabriken, die amerikanische Baumwolle verarbeiten, haben bisher mit einer Arbeitsverlängerung von wöchentlich 8 1/2 Stunden gearbeitet. Die Fabrikanten wollen jetzt beschließen, die Arbeitsverkürzung ab 10. Februar auf 13 Stunden pro Woche auszudehnen.

Betrieb und Werkstatt

Schamlose Bergarbeiterausbeutung.

Fuchsgrube.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Etwas über die Einführung eines besonderen Prämien-systems auf der Fuchsgrube. Die Art und Weise, wie dieses System gehandhabt wird, dürfte wohl seinesgleichen im übrigen deutschen Bergbau nicht zu verzeichnen sein. Für jeden im Gebirge arbeitenden Bergarbeiter ist eine bestimmte Arbeitsleistung festgelegt. Um eine bessere und reine Kohlenförderung zu erreichen, will man für jeden Zehntel Wagen Überleistung eine besondere Vergütung von 5 Pfg. gewähren. Wenn eine Arbeitsposition mehr als zehnmal im Monat keine reinen oder gutgefüllten Kohlenwagen zu verzeichnen hat, kommt sie nicht in den Genuss der Prämie.

Es gibt nun aber im Bergbau wichtige, niedrige, nasse und unreine Flöße. Eine Position fördert im Monat 5000 Wagen, für die es schlecht sein wird, unter den zehn Beschwerden zu bleiben, während bei dem anderen Arbeitsort, wo vielleicht 200 Wagen gefördert werden, diese vielleicht im Monat keine einzige Beschwerde haben werden. Auch der Transportweg der Kohlenwagen in der Grube spielt eine sehr wesentliche Rolle. Eine Position erhält also die Extravergrütung, die manchmal 50 Pfg. pro Mann und mehr pro Schicht ausmacht, andere wieder nicht. Die Bergarbeiter werden also gegenständig ausgestellt. Am liebsten aber auch vor Strafe und Entlassung zu beschützen, werden nun die Kohlenwagen so gut gefüllt, daß manche Wagen statt der vorgeschriebenen 12 Zentner bis 13 1/2 Zentner enthalten.

Das berühmte Kränzelchen der Wagen steht also in schönster Blüte. Bei der Beibehaltung dieser Prämienwirtschaft verdient also der Unternehmer einen besonderen Profit, während er auf der anderen Seite dem Bergarbeiter nur ein Trinkgeld zahlt.

Bergarbeiter! Schließt Euch zusammen, erkämpft Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und weißt die den erneuten Betrug energisch zurück. Sorgt für Verbreitung unseres Arbeiterorgans, das die Dinge brandmarkt.

Eine Erbrefferba"de.

Abwehrgrube-Riftschicht.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Das Meer der Arbeitslosen in Oberschlesien längt an, immer größer zu werden. Die Situation nähern alle Unternehmer und vornehmlich die Firma Stephan Großsch und Klüpfel in Beuthen (O.-S.) aus.

Belagte Firma versucht nun auf Grund des Arbeitslosenbeeres, wo es nur irgendmöglich ist, den Arbeitern die Tariflöhne zu kürzen. Das Gedächtnis muß sich der Arbeiter selbst behaupten. Kann man beim Arbeiter nicht den tariflichen Lohn beschneiden, so wird ihm zu seiner Arbeit eine derartige Menge und Fülle von Nebenarbeiten zugehängt, daß er überhaupt nicht vorwärts kommt. Führt der Bergarbeiter dann diese übertragene Nebenarbeiten nicht aus, so wird ihm durch die Inspektion dieser Firma ein Viertel oder ein halbes Schichtlohn abgezogen.

Eine besondere Auszeichnung erwirbt sich in dieser brutalen Behandlung seiner ihm unterstellten Arbeiter der Aufseher Kalkisch von der Abwehrgrube. Wer nicht nach seiner Weise tanzt, wird auf dem schnellsten Wege hinausgeschickt. Dabei war dieser Herr einstens einer von denjenigen, die nicht nur faul wie Mist sind, sondern herumgehen, als wenn sie die Solenbeine und Kackarmel voll Sand geschüttet hätten.

Ein besonders arges Stück leistete sich dieser Menschenhändler bei der letzten Lohnzahlung. Er brach brutal einem großen Teil der Arbeiter die bestehenden Tarife und zahlte sie nach Belieben aus. Dies wollten sich die Arbeiter nicht gefallen lassen und machten sich auf den Weg nach Beuthen, um im Büro der Firma Großsch und Klüpfel ihre Beschwerden vorzubringen.

Doch auch hier wurde ihnen dieselbe Antwort zuteil. Einer der Beamten schauzte die Arbeiter an und erklärte ihnen, daß sie sich zufrieden geben müßten und wenn man sie flugs mit 70 Pfg. Tagesverdienst nach Hause gehen lassen würde. Obendrein behauptete dieser Herr noch die Gemeinheit, den Arbeitern anzupfehlen, den Riemen mehr zusammenzuziehen. Viele Arbeiter empörte die Arbeiter derart, daß sie sofort ihre Papiere einforderten und nun auf dem Straßpflaster liegen.

Bergarbeiter! Oberschlesien! Wie lange wollt Ihr dieses Schindludertreiben brutaler Unternehmer und ihrer Kaskaden noch an Euch erproben lassen? Es ist höchste Zeit, daß Ihr Euch endlich einmal bekennt und danach trachtet, diesem System der Erpreßung ein Ende zu bereiten. Je eher, um so besser.

Brutale Mißhandlung eines Arbeiters.

Handschuhfabrik von H. Heim-Brig.

(Von unserem Arbeiterberichterstatler.)

Ein hochsensibler Vorfall spielte sich in der Handschuhfabrik von H. Heim am vergangenen Sonntag ab. Ein Handschuhmacher, der etwas zügellos in die Fläche gedrückt hatte, hatte keine Lust zum Arbeiten. Das veranlaßte den Werkmeister, ihn in ganz barbarem Tone aufzufordern, nach Hause zu gehen. Da der Kollege aus Breslau ist und erst mittags 1.43 Uhr nach Hause fährt, wollte er der Aufforderung nicht nachkommen. Der Kollege ist ein Mensch, der sonst die ganze Woche ruhig arbeitet und der kein Streikler ist, sahste sich durch die Worte des Werkmeisters gekränkt und gebrauchte die Worte: Der Jürgen hat mir gar nichts zu sagen, es ist meine Zeit, die ich verlaufe (da auf Arbeit gearbeitet wird). Er sagte zu dem Werkmeister: Ich bin doch kein Hanswurst, daß er mit mir machen kann, was er will. Er glaubte nun, seinem Vater zu Hilfe kommen zu müssen und sich den Kollegen über einen Schenkel nach dem dieser aufgestanden, schlug er ihn mit der geballten Faust unter das Auge, das gleich ansetzte und das Blut an der Wade herunterließ. So spielte sich der Vorfall ab. Ich glaube, wenn der Werkmeister in ruhigem Tone den Kollegen aufgeschreckt hätte, oder einem anderen Kollegen gesagt hätte, er solle ihn rausbesorgen, so wäre er ohne weiteres gegangen. Die Mißhandlung durch den Sohn der kommunisten SPD-Mann ist eine unerhörte Brutaltat. Wenn es in einer anderen Handschuhfabrik passiert wäre, ich glaube es wäre ihm nicht gut bekommen. Es zeugt jedenfalls, daß auch hier Herr Heim-Brig. ein namhafter Herr ist und vorwiegend

lich die Gesellschaft stellt als Katastrophe der Firma. Ich glaube, er hat Aussicht, Nachfolger seines Vaters zu werden und will sich gleich in das rechte Licht stellen.

Der Kollege mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und es wird wohl noch ein gerichtliches Nachspiel geben. Obendrein hat er heute früh noch die Kündigung erhalten. Also, die Firma deckt das Vorgehen ihrer Katastrophe vollkommen. Gestern gehandelt, dann auf Pflaster geht.

Schikanen und Hungerlöhne.

Ostwert 4 Breslau.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

In allen städtischen Betrieben wird abgebaut. Vorarbeiter, Meister usw., die hier angestellt waren und sich als „Beamte“ hielten, werden zurückverhoben. Anstatt nun in Gemeinschaft mit den Arbeitern gemeinsam gegen den kapitalistischen Magistrat zu kämpfen, versuchen diese, ihre gefährdeten Positionen durch Druck auf die Arbeiterklasse zu retten. Hinter den Arbeitern steht der Meister oder der Vorarbeiter mit der Hungerpeitsche. Hohe Leistungen werden verlangt bei Hungerlöhnen.

Ich bin verheiratet, Familienvater und gehe mit 21 Mark die Woche nach Hause. Jetzt sollen von diesem Hungerlohn noch Abzüge für einen im November gezahlten Vorkauf abgehen. Statt Lohnherhöhung will man Alterszulagen gewähren, und zwar von 2 bis 6 Pfg. die Stunde. Damit will der Magistrat offenbar einen Keil in die Arbeiterklasse treiben, sie durch Klassen-trennen, um sie mehr auszuheben. Sie halten es mit dem Grund-satz: Zelle und herche!

Arbeiter der städtischen Betriebe, durchschaut das Spiel, kämpft gemeinsam um Durchführung der aufgestellten Lohnforderungen!

Die Damesstetten für den Arbeiter.

Wertstättenamt 2. Odertor.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Seitdem die Eisenbahner an das Damesstetten ausgeliefert sind, wird es mit den Schikanen im Betrieb immer schlimmer. Zuerst wurde nach dem „Aufgehören der Sollartonne“ für die Arbeiter eine Stoppuhr eingeführt. Mühte ein Kollege im Interesse der Ausführung seiner Arbeit einen Gang machen, so wurde die Stoppuhr in Tätigkeit gesetzt. Selbst die wenigen Gänge nach dem gewissen Dersichen für die der Arbeiter doch keinen anderen Schaden kann, wurde mit der Stoppuhr nachgeprüft. Fünf Minuten wird gesch. Wer länger blieb, wurde mit Heulen Augen angesehen. Da durch die Stopperei ein allgemeines Bestreben hervorgerufen wurde, löste man dieses plumpe Verfahren durch ein raffinierteres ab.

Nicht genug damit, daß durch das Gehingeverfahren der Lohn so weit reduziert wurde, daß man durch dieses Schindelsystem Blut schwinden mußte, wird jetzt die Stoppuhr für

die geleistete Arbeit eingesetzt. Dadurch soll festgestellt werden, wie lange der Arbeiter an einem Auftrag zu arbeiten hat.

Das neue System soll recht dazu dienen, die Hungerlöhne noch mehr herabzudrücken bezw. das Alford-System an Stelle des festen Wochenlohnes zu setzen.

Die Fronbögle, besonders gewisse Klassen von höheren Beamten, erhalten für die Erfolge ihres Anteilberufsystems Prämien ausgezahlt.

Darüber verlangt: Die Eisenbahn soll „rentabel“ gemacht werden auf Kosten der bis zur körperlichen Erschöpfung ver-elendeten Eisenbahner.

Vor lauter „wenn's“ wird nichts getan.

Aus dem Bericht der Betriebszelle E. Wollheim.

Warum habt Ihr in Eurem Betrieb noch keine Betriebszeitung? Jawohl, Genossen, wenn es die Verhältnisse gestatteten, d. h. wenn unsere Zelle nicht so klein und einige Kollegen der Zelle nicht so passiv, vor allem geistig regloser wären, wenn es das Alford-System und andere betriebliche Einrichtungen gestatteten, regloser für die Sache zu wirken, wenn die Parteipresse (die zwar nicht alle lesen), die aber vorläufig verteilt werden kann, nicht schon in oft allzureichendem Maße politische Stoffe brächte, die allein genügen müßten, selbst wenigen verheirateten Zellengenossen das Geld zaubern könnten, den Stumpfsinnigsten aufzurütteln und nicht zuletzt, wenn die um nicht Papier „steht“ zu müssen für unseren Schachttag, so braucht Ihr uns keine Anregung zu geben, wir hätten schon längst das nach dieser Richtung hin mögliche getan. Kurzum, nach Rücksprache und bei Berücksichtigung der angeführten Umstände sehen wir uns veranlaßt, das Angebot bis auf weiteres abzulehnen.

Genossen, glaubt Ihr nicht, daß die vielen „wenn's“ faule Äußerungen, Bagatelien oder gar mangelnder Unternehmungsgeist seien, nichts von alledem. So liegt es in Wirklichkeit aus!

Mit kommunistischem Gruß!

..... Obmann.

Kommentar überflüssig!

Wilhelm-Feier auf Arbeiterkosten.

Dominitum Rummelwitz, Kr. Münsterberg.

Von einem Landarbeiter.

Am 27. Januar hatte ich Gelegenheit, in Rummelwitz, Kr. Münsterberg zu sein. Dort mußte ich auf dem Dominitum erfahren, daß die Arbeiter von dem betreffenden Dominitum vor-mittags bis um 12 Uhr gearbeitet haben. Nachmittags war Feiertag, weil Wilhelms Geburtstag war. Die Leute be-lamen aber die verlorengegangenen Stunden nicht bezahlt. Als ich mit den Leuten sprach, sagten sie mir, vor dem Kriege, da gab es keinen Feiertag, erst jetzt, wenn aber einmal ein Arbeiter oder eine Arbeiterin einen Tag krank ist, da bekommt er diese Zeit abgezogen.

Was ist ein Index?

Im unteren Funktionen, insbesondere den Berichterstattern aus den Betrieben, die Unterlage für die Abfassung von Wirtschaftsbereichten zu geben, werden wir von Zeit zu Zeit Artikel wie den be-schriebenen über Andersfragen, Sozialbilanz, Konkrete usw. bringen. Es wird rasch sein, wenn auch die Funktionenblätter mehr als bisher kurz auf solche wirtschaftlichen Dinge eingehen.

Orbüro (Zelle).

Indexzahlen, ihre Entstehung und ihre Anwendung.

Der Begriff der Indexzahlen ist bisher noch nicht einheitlich festgelegt. Das heißt, jede Festlegung eines Faktors rief den Protest seiner Kollegen hervor. Trotzdem ist es nicht schwer, aus den bisherigen Begriffsbestimmungen einerseits, aus dem praktischen Gebrauch andererseits eine Erklärung über die Merkmale der verschiedenen Arten von Indexzahlen zu geben. Die Indexzahl ist die Maßzahl zur zahlenmäßigen Veranschaulichung der Schwankungen bestimmter Einheiten, z. B. des Preises bei Bedarfswerten, der Produktionskosten bei Substraten, der Höhe des Volkswirtschafts, der Volksgesundheit usw. Allerdings arbeitet man heute ausschließlich in der Preisstatistik mit Indexberechnung; es genügt auch, wenn wir uns die Grundlagen und die Fehlerquellen, die Methoden, den Zweck und die Auswirkungen dieser Gebiete betrachten.

Man kann in der Preisstatistik drei Hauptarten von Indexzahlen unterscheiden: den Spezialindex, den Gruppenindex und den General- oder Totalindex.

Der Spezialindex wird errechnet, indem man für bestimmte Zeit (Woche, Monat, Jahr) die Preis einer Anzahl von Waren, die für den Bedarf im Haushalt, in der Fabrikation oder in irgendeinem anderen Teil der Volkswirtschaft von Wichtigkeit sind, die also nur das spezielle Interesse einer Gruppe für sich haben, zusammenzählt und ihren Durchschnitt errechnet. (Viele Durchschnittsberechnung erfordert mögliche Ausschaltung aller Fehlerquellen und stellt hohe Anforderungen an die mathematischen Kenntnisse des Statistikers. Der Durchschnitt mehrerer Zeiteinheiten wird als Norm angenommen und meist als Grundzahl 100 allen kommenden regelmäßigen Berechnungen zugrunde gelegt. Steigen also die Kosten der im Spezialindex zusammengefaßten Waren oder Warengruppen um durchschnittlich 25 Prozent, so heißt die Maßzahl 125.

Ein typisches Beispiel für den Spezialindex ist folgendes: während der Inflationszeit letzten einzelnen Kleinhandelsver-bände Grundpreise fest, die für ihre Mitglieder bindend waren. Täglich wurde dazu ein neuer Index ausgeben: Indexzahl mal Grundpreis ergaben den Preis der Ware.

Der Gruppenindex bleibt selbstverständlich auch im Rahmen gleichmäßiger Zeiteinheiten, er umfaßt Gebiete, die für mehrere Interessengruppen von Bedeutung sind. Hierbei gehört die Berechnung des Existenzminimums, das den Tarif-verhandlungen als Grundlage dient, an ihm sind die Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig interessiert. Der „Objektivität“ wegen wird die amtliche Maßzahl bei den Tarifverhandlungen als maßgebend betrachtet; sie wird so „gewissermaßen“ und so „objektiv“ zusammengestellt, daß es wunder nimmt,

wenn dem Arbeiter auf Grund dieser Tabellen überhaupt noch Lohn gezahlt wird.

Der amtliche Gruppenindex wird meist für einzelne Großstädte oder Kreise aufgestellt. Warum er den privaten Auf-nahmen der Lebenshaltungskosten stets nach unten abweicht, ist nicht verwunderlich; merkwürdiger erscheint beim ersten Hin-sehen schon die Tatsache, daß auch die nichtamtlichen Lebens-lageindexe voneinander abweichen. Das hat seinen Grund einmal darin, daß sich die Statistiker nicht darüber einigen können, was in das Existenzminimum einbezogen werden muß. Außerdem beginnt beispielsweise Index A seine Rechnung mit der Grundzahl 100 am 1. April 1919, wenn Index B erst wieder bei 100 zu rechnen anfängt. Daß ein Auseinanderrechnen ja nur ein Zurechtfinden in dem Wust unserer mindestens 150 Indexberechnungen für den Laien kaum möglich ist, ist ver-ständlich.

Der General- oder Totalindex vereinigt im Ge-gensatz zum Spezialindex möglichst viele Preisreihen oder -stellen, wie sie der Gruppenindex darstellt, er gibt generell (allgemein und total) insgesamt die Preisbewegung eines größeren ört-lichen oder wirtschaftlichen Gebietes wieder. Wir wollen ein Beispiel für die Preisbewegung in größeren örtlichen und wirt-schaftlichen Gebieten herausgreifen:

1. Die Maßzahlen der Lebenshaltung werden für die Kreise des Regierungsbezirks Magdeburg zusammengezählt und ihr Durchschnitt wird errechnet; das Gleiche tut die Zentralstellen des Regierungsbezirks Merseburg und Erfurt. Die drei ge-fundenen Zahlen werden wiederum auf den Durchschnitt gebracht. Die Endzahl ist dann der durchschnittliche Lebenshaltungsindex der Provinz Sachsen oder ihr Generallebenshaltungsindex.

2. Die örtlichen Durchschnittszahlen für die Förderkosten einer Tonne Braunkohle werden für alle Kreise jeweils ver-öffentlicht. In ihrer Zusammenfassung ergeben sie den Generalförderkostenindex der deutschen Braunkohlenbergwerke.

Der Durchschnitt wiederum, der sich aus der Ineinander-rechnung möglichst vieler gleichartiger wirtschaftlicher Ge-neralindizes aus allen örtlichen Gebieten ergibt, kann als „Niveauzahl“ angeprochen werden.

Die gleichmäßige Schwere, das gleiche Gewicht aller Wertteile eines Leibes veranlaßt gleiche Verteilung; dadurch erhält die Oberfläche des Leibes ihre Nivellierung, das voll-kommene Fehlen irgendwelcher Unebenheiten. — So läßt sich auch am besten die Errechnung des Preisniveaus erklären. Die Preise der einzelnen Waren und Warengruppen fallen und steigen nicht gleichmäßig. Man muß deshalb die Preisfläche für alle Waren gegeneinander abgleichen, hier vom Preis etwas wegnehmen und es an andere Stelle verteilen. Daraus ergibt sich dann die nivellierte Preisreihe. Das Preisniveau steigt und fällt fortgesetzt wie der Wasserstand eines Leibes.

Das Preisniveau wird amtlich errechnet, und es ist natürlich, daß wenn die örtlichen Lebenshaltungsmessungen zu niedrig errechnet werden, die Zusammenfassung auch hinter dem tatsäch-lichen Stande zurückbleibt. Das wäre ohne jede Wichtigkeit, wenn die amtlichen Maßzahlen ohne Einfluß auf unser Wohl-ergehen wären; daß dies leider nicht der Fall ist, wird sich in der späteren Schilderung zeigen.

